

FORDERUNG «BUILD BACK FAIRER»



25 SEPTEMBER 2020



actalliance eu



Forderung «Build Back Fairer»

Die internationale zivilgesellschaftliche Allianz fordert die Transformation der Wirtschaft und des Handelssystems hin zu einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung.

Einführung

Die Covid-19-Pandemie mit den «Lockdown»-Bestimmungen fordern einen hohen Tribut von den Schwächsten in unserer Gesellschaft, einschliesslich der Kleinproduzent*innen und Arbeitenden. Die Pandemie hatte verheerende Auswirkungen auf die Menschenrechte und gefährdete unter anderem das Recht auf Nahrung. Armut und Hunger haben wiederum zu einem erhöhten Risiko von Zwangs- und Kinderarbeit sowie Abholzungen geführt.

Die gegenwärtige Krise hat uns nicht nur gezeigt, wie sehr wir alle voneinander abhängig sind, sondern auch, wie die Zerstörung der Natur, die Abholzung sowie die Klima- und Gesundheitskrisen miteinander zusammenhängen und die Ausbeutung von Mensch und Umwelt als gemeinsame Ursache haben.

Einige Unternehmen haben kurzfristige Massnahmen ergriffen, um ihre eigenen Interessen zu schützen und gleichzeitig die Menschenrechte der Arbeitnehmenden in ihren Lieferketten mit Füßen zu treten: zum Beispiel die Stornierung von Aufträgen bei gleichzeitiger Zahlung hoher Dividenden an ihre Aktionäre und die Forderung nach staatlichen Rettungsaktionen.

Es gibt ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit resilienter Lieferketten. Leider wird dieser Begriff aus der Sicht von Einkaufenden oft als Beschaffungssicherheit verstanden. Es ist unerlässlich, dass Regierungen Unterstützungsmassnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Kleinproduzent*innen und Arbeitnehmer*innen gegen künftige Krisen gewappnet sind. Aber das reicht nicht aus. In den kommenden Jahren wird der Klimawandel die Verwundbarkeit und Ungleichheit von Millionen von Kleinproduzent*innen und Arbeitnehmer*innen nur noch verstärken.

Eine Rückkehr zu «business as usual» würde die Ungleichheiten und die Nicht-Nachhaltigkeit unseres gegenwärtigen Systems verstärken. Stattdessen bedarf es einer Umgestaltung der Wirtschaft und der Steuerung globaler Lieferketten – nicht nur im Interesse der Kleinproduzenten und Bauern – sondern auch im Interesse heutiger und künftiger Generationen.

Die Transformationen, die wir brauchen:

- Von einer Wirtschaft, die auf Wettbewerb basiert – zu einer Wirtschaft, die auf Kooperation basiert.
- Von einer Handelspolitik, die Nachhaltigkeitsziele untergräbt – zu einer Politik des Fairen Handels, die Anreize für einen fairen und nachhaltigen Handel bietet und den Handel auf der Grundlage von Billigprodukten unterbindet.
- Von Freihandel und Neoliberalismus – zu fairen Handelspolitiken, bei welchen ein zunehmender Anteil des Handels unter fairen Bedingungen auf lokaler und internationaler Ebene stattfindet.
- Von einem freien Markt zu einer Nachhaltigkeitsagenda mit einer intelligenten Mischung aus rechtlichen und «Bottom-up» Initiativen zur Umgestaltung der Versorgungsketten, die es allen Verbrauchern ermöglichen, nachhaltige und erschwingliche Konsumententscheidungen zu treffen.
- Von wachsenden Ungleichheiten – hin zu einer Verringerung der Ungleichheiten zwischen Süden und Norden, zwischen Arm und Reich, Frauen und Männern, Kleinproduzenten und Großunternehmen.
- Vom Raubbau an den natürlichen Ressourcen des Planeten – zu einem Wirtschafts- und Landwirtschaftsmodell, das die Umwelt respektiert, Treibhausgasemissionen reduziert und Klimagerechtigkeit innerhalb der planetarischen Grenzen fördert.
- Von Märkten, die mit billigen Lebensmitteln und «Fast-Fashion» überflutet sind – hin zu einem stetig wachsenden Marktanteil für faire und ökologische Lieferketten, mit möglichst viel Kreislaufprozessen.
- Von kurzfristigen Lösungen, die Grenzen aus Angst abschotten – hin zu fairen Beziehungen zwischen den Ländern auf der Grundlage fairer Handelsbedingungen.
- Von der Vereinnahmung durch Unternehmen und der Beeinflussung der Politik durch Einzelinteressen – hin zu einer mitgestalteten öffentlichen Politik, die den Markt unter Einbezug von Mensch und Umwelt gestaltet.
- Von Machtungleichgewichten in Versorgungsketten – zur Wirtschaftsdemokratie in Versorgungsketten, ohne Unternehmensmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen, wo Kleinproduzent*innen und Arbeitende eine starke Stimme haben.
- Von «Checklisten»-Ansätzen für Nachhaltigkeit und Menschenrechte – zu einer Transformation von Handels- und Einkaufspraktiken, die Kleinproduzent*innen ein existenzsicherndes Einkommen und Arbeitenden existenzsichernde Löhne ermöglichen.

- Von gewinnorientierten Unternehmen – zu auftragsorientierten Unternehmen.
- Von einer Kultur des «Geschäftsgeheimnisses» – zu einer Kultur der Transparenz, einschließlich der Transparenz der Lieferkette und der Information darüber, wie Werte geteilt werden.
- Von einer dominierenden Konsumkultur – zu einer nachhaltigen Lebensweise und einem «New Deal» für Mensch und Natur.

Unsere Empfehlungen an die Regierungen

Angesichts der oben aufgeführten Punkte sind unsere Empfehlungen an die Regierungen auf vier Ebenen gegliedert – von eher kurzfristigen und reaktiven bis hin zu eher langfristigen und proaktiven Forderungen:

SCHUTZ

- Es soll sichergestellt werden, dass den Arbeitenden und Landwirt*innen persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung steht.
- Falls die Arbeit nicht sicher ist, sollten Einkommenssicherungssysteme für Landwirt*innen und Arbeitnehmenden gewährleistet werden.
- Solange Abstandsregelungen und «Lockdowns» bestehen, sollten die Steuererhöhungen für Unternehmen, die Grundbedürfnisse produzieren, eingefroren und erschwingliche Preise für Grundbedürfnisse als auch für notwendige Inputs für die landwirtschaftliche Produktion garantiert werden.

NEUSTART

- Öffentliche Förderpakete nur Unternehmen zur Verfügung stellen, die die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die OECD-Richtlinien für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, eine verantwortungsbewusste Einkaufspolitik, die Gleichberechtigung der Geschlechter, Klimaschutz und Verpflichtungen zu verantwortungsbewusstem Steuerverhalten einhalten, mit Beschränkungen der Aktionärsdividenden und geleitet durch partizipatorische Entscheidungsfindung sowie integrativer Unternehmensführung.
- Sicherstellen, dass kleine und mittlere Unternehmen Zugang zu erschwinglichen und langfristigen Finanzmitteln haben, mit Vorzugsbedingungen für Fair-Trade- und Sozialunternehmen, Genossenschaften und andere Akteure der Sozial- und Solidarwirtschaft.
- Einführung einer öffentlichen Politik zur Unterstützung von Fair Trade und Sozialunternehmen, Genossenschaften und anderen Akteuren der Sozial- und Solidarwirtschaft, der ökologischen Landwirtschaft und der agroökologischen Praktiken, die dazu beitragen wird, dass diese Alternativen allmählich zur Norm werden. Diese Politik sollte die unternehmerische Unterstützung von Produzentenorganisationen beim Zugang zu neuen Märkten, den Zugang zu erschwinglichen und

langfristigen Finanzmitteln sowie die Sensibilisierung der Bürger*innen, insbesondere junger Menschen, umfassen.

REDESIGN

- Verabschiedung von Gesetzen, um sicherzustellen, dass alle Unternehmen und ihre Zulieferer die Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte respektieren – auch mittels verbesserten Einkaufs- und Handelspraktiken.
- Förderung der schrittweisen Transformation von Unternehmen mit Geschäftsmodellen, bei denen Profit im Vordergrund steht, hin zu Geschäftsmodellen, bei denen Mensch und Umwelt vor Profit stehen.
- Verabschiedung ehrgeiziger nationaler und gegebenenfalls regionaler Ziele, um die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Das bedeutet eine rasche Reduktion der CO₂-Emissionen und Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5°C, wie es im Pariser Abkommen gefordert wird.

GERECHTER ANTEIL DER RESSOURCEN

- Reform von Steuersystemen, um Anreize für Fair Trade und Bio-Produkte, Fair Trade- und Sozialunternehmen, Genossenschaften und andere Akteure der Sozial- und Solidarwirtschaft zu schaffen sowie Lieferketten zu unterbinden, die auf der Ausbeutung von Mensch und Umwelt beruhen.
- Verantwortungsbewusstes öffentliches Beschaffungswesen zur Norm machen und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dem Fairen Handel, den Bio- und Sozialunternehmen, den Genossenschaften und anderen Akteuren der Sozial- und Solidarwirtschaft Vorrang einräumen.

Unterzeichnende Organisation



actalliance eu



Das internationale Statement können Sie [hier](#) auf Englisch lesen.